

Hamburger Erklärung

**Das Richtige tun für lebenswerte
Städte und Metropolen**

**Beschluss des Bundesvorstands der CDU
Deutschlands anlässlich der Klausurtagung
am 9. und 10. Januar 2015 in Hamburg**

CDU

Das Richtige tun für lebenswerte Städte und Metropolen

Ziel der CDU ist es, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass die Menschen gerne in unserem Land leben und ihr Leben nach ihren Wünschen gestalten können. Dafür ist das unmittelbare Lebensumfeld ganz entscheidend. Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land und den demographischen Wandel aktiv gestalten, wobei für uns darüber Klarheit besteht, dass jede Kommune, jede Region ihre eigenen Wertigkeiten pflegen und entwickeln muss. Gerade große Städte und Metropolen ziehen in besonderer Weise Menschen aus dem In- und Ausland an, um dort zu leben, zu studieren, zu arbeiten und ihre Ideen einzubringen. Sie sind Leuchttürme ihrer Region und unseres Landes. Jeder Zweite wohnt heute in Städten und der Zuzug hält weiter an. Das macht Großstädte dynamisch, vielfältig und zum Motor von Veränderungen. Zugleich sind sie aber auch Brennpunkte für Konflikte zwischen verschiedenen Gruppen und Interessen. Das bringt besondere Herausforderungen mit sich – besonders für kommunale Politik, aber auch für die Länder und den Bund.

Die Attraktivität von großen Städten und Metropolen hängt besonders von einer dynamischen Wirtschaft, einer exzellenten Bildungs- und Forschungslandschaft, zukunftsfähigen Mobilitätssystemen und einem attraktiven Lebensumfeld mit hoher Lebensqualität ab.

Städte und Metropolen als dynamische Wirtschafts- und Kreativstandorte stärken

Voraussetzung für Großstädte mit hoher wirtschaftlicher Prosperität sind verlässliche und gute Rahmenbedingungen für klassische Industriebetriebe und Gewerbetreibende wie für Gründer mit neuen Geschäftsmodellen. Das leitet die CDU. Wir treiben Zukunftsinvestitionen in Bildung, Forschung und Innovationen voran. Wir arbeiten weiter für eine sichere, saubere und bezahlbare Energieversorgung und erwarten eine zügige Umsetzung des Eckpunktepapiers zum Bürokratieabbau, damit die Unternehmen in Deutschland weiter von Bürokratie entlastet werden. Mit Blick auf das Urteil zur Erbschaftsteuer streben wir eine Regelung an, die dem Schutz von Arbeitsplätzen und der besonderen Struktur der deutschen Wirtschaft, die ganz wesentlich auf mittelständischen und familiengeführten Unternehmen aufbaut, Rechnung trägt.

Große Städte sind Standort internationaler Unternehmen, Magnet für mutige kreative Köpfe und gleichzeitig Standort vieler Universitäten und Institute. Dieses Zusammenspiel kann Großstädte zum Motor der wirtschaftlichen Entwicklung machen. Die CDU will dieses Potenzial besser nutzen und die Initiativen zur Gründungsförderung an Hochschulen ausbauen. Zudem setzen wir uns dafür ein, die Gründerfinanzierung zu verbessern und die Verwaltungsschritte zur Gründung bei einer einzigen Anlaufstelle zu bündeln („One Stop Agency“).

Attraktive Städte profitieren von einem vielfältigen und reichen Kulturangebot. Daher ist Kulturförderung für die CDU ein wichtiges Anliegen. Die Menschen, die in der Kultur- und Kreativwirtschaft arbeiten, schaffen nicht nur künstlerische Qualität, sondern sie fördern auch die wirtschaftliche Dynamik: Inzwischen bietet die Kultur- und Kreativwirtschaft rund einer Million Menschen Arbeit. Kulturpolitik ist in der Großstadt auch Teil der Integrationspolitik. Die Großstädte in Deutschland sind Anziehungspunkte für Künstler aus aller Welt. Die erfolgreiche Entwicklung unserer Städte als Kreativstandorte ist gerade auch durch ihre kulturelle Vielfalt und die Fülle an Einflüssen anderer Kulturen und Künste zu erklären. Dies gilt es weiterhin zu fördern. Wir begrüßen die Einführung von sogenannten „Willkommens-Zentren“ bei den Kommunen als Anlaufstelle für Menschen aus dem In- und Ausland.

Unsere großen Städte sind Tore zur Welt und touristische Anziehungspunkte. Menschen aus allen Kontinenten besuchen unsere Städte. Sie und die Einwohner erwarten eine gute Infrastruktur - von der Verkehrsinfrastruktur bis zum WLAN. So erwarten sie in der vernetzten Welt ganz selbstverständlich, dass sie in allen öffentlichen Gebäuden kostenloses WLAN vorfinden. Das ist vielerorts Standard und wir arbeiten dafür, dass das auch in Deutschland bald überall eine Selbstverständlichkeit ist. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass auch in Deutschland insbesondere gastronomische Betriebe ihren Gästen weitgehend ohne eigenes Haftungsrisiko einen WLAN-Zugang anbieten können. Dazu werden wir die Anbieter öffentlicher WLAN-Netze sogenannten Providern (Netzanbietern) rechtlich gleichstellen.

Ein wichtiger Standortfaktor für attraktive und lebenswerte Großstädte sind bezahlbare Mieten. Mit der Mietpreisbremse verhindern wir Auswüchse bei der Mietpreisgestaltung:

Bei Neuvermietungen – außer bei Neubauten - darf der Mietpreis in Gebieten mit angespannter Wohnungslage künftig höchstens zehn Prozent über dem Niveau der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Zudem gilt es Konzepte zu entwickeln, um das Angebot an bezahlbarem Wohnraum zu steigern, wie zum Beispiel durch den Kauf von Belegrechten für Sozialwohnungen oder die Aktivierung von Brachflächen.

Die vielfältigen Bedürfnisse von Arbeiten, Lernen, Wohnen und Freizeit stellen die Stadtplanung vor besondere Aufgaben: Die hohe Bevölkerungsdichte, die wirtschaftlichen Aktivitäten und die hohe Auslastung des Verkehrsnetzes verlangen eine besondere Berücksichtigung von Umwelt- und Klimaschutz. Stadtplanungskonzepte müssen zudem nicht nur die aktuelle Situation, sondern auch künftige Entwicklungen in den Blick nehmen: Die CDU arbeitet dafür, dass moderne deutsche Großstädte für die Bewältigung der Herausforderung der demografischen Entwicklung sowie für Nachhaltigkeit, Lebensqualität, saubere Luft und viel städtisches Grün stehen. Wir wollen den kommunalen Umwelt- und Klimaschutz stärken. Unser Ziel ist die CO₂ - neutrale, energie- und klimaangepasste Stadt.

Gerade Küstenregionen mit ihren leistungsfähigen Seehäfen sind wichtige Stützen für den Standort Deutschland. Als Umschlagplätze profitieren sie von niedrigen Handelsschranken und den damit einhergehenden globalen Handlungsmöglichkeiten unserer Unternehmen besonders. Deshalb wollen wir den Freihandel durch die angestrebten Abkommen der Europäischen Union mit Kanada (CETA) und mit den USA (TTIP) weiter voranbringen. Die heute bei uns geltenden hohen Standards sollen auch in Zukunft gewährleistet sein. Die CDU setzt sich zudem für einen bedarfsgerechten Ausbau der Zufahrten und Hinterlandanbindungen an Nord- und Ostsee ein, damit unsere Häfen ihre Stärke voll entfalten können.

Chancen der Städte und Metropolen als Wissensstandorte nutzen

Unsere Schulen bieten jungen Menschen gute Chancen für ihre persönliche und berufliche Entwicklung. Dies darf nicht durch ideologische Experimente gefährdet werden, wie zum Beispiel die Abschaffung des Notenzeugnisses in der Grundschule. Mit einem differenzierten, durchlässigen und leistungsgerechten Bildungssystem wollen wir Schülerinnen und Schüler nicht nur fordern, sondern entsprechend ihren Begabungen auch

individuell fördern. Dazu gehört auch die Förderung von Hochbegabten. Wir stehen für ein Bildungssystem, das Bildung von Anfang an und ein Leben lang fördert. Das Erlernen der deutschen Sprache ist für den Bildungserfolg von überragender Bedeutung. Wir arbeiten dafür, die Schulabbrecherquote zu senken und treten für Maßnahmen ein, um den Übergang in die berufliche Bildung zu begleiten. Inklusion muss auch an allgemeinbildenden Schulen gelebt werden können. Daneben wollen wir aber auch Förderschulen erhalten.

Damit alle Studierenden von hervorragenden Hochschulen und einer guten Lehre profitieren, hat die unionsgeführte Bundesregierung ihre Mittel für den Hochschulpakt immer wieder deutlich erhöht. Inzwischen stammt fast jeder fünfte Euro der öffentlichen Hochschulfinanzierung vom Bund – darunter auch für den Bau von Hochschulen und Unikliniken. Der Bund entlastet die Länder bis 2019 in diesem Bereich jährlich um 695 Millionen Euro. Zudem übernimmt er ab dem Jahr 2015 die BAföG-Kosten alleine. Dadurch werden bei den Ländern jährlich 1,2 Milliarden Euro frei. Die CDU erwartet, dass die Länder diese zusätzlichen Mittel auch tatsächlich für Hochschulen und Schulen einsetzen. Damit schaffen wir die Voraussetzungen für eine international wettbewerbsfähige Hochschullandschaft, die die klügsten Köpfe aus aller Welt anzieht.

Alle diese Bildungsausgaben befördern die Spitzenstellung Deutschlands bei den Innovationen. Deshalb bleibt unser Ziel: Drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts sollen in Forschung und Entwicklung investiert werden. Aus unseren Forschungsergebnissen müssen noch schneller Produkte und Dienstleistungen made in Germany werden. Hightech verbinden wir mit Industrie, Logistik und Handel durch unsere erfolgreiche Clusterpolitik und das Schmieden von Innovationsallianzen zwischen Staat, Wissenschaft und Wirtschaft.

Moderne Mobilitätssysteme in Städten und Metropolen voranbringen

Die Menschen wollen individuelle, nachhaltige, flexible und kostengünstige Mobilitätslösungen. Gerade in den Städten bieten sich neue Möglichkeiten, die verschiedenen Verkehrsmittel mit ihren jeweiligen Stärken mit modernster Technik zu verzahnen. Dazu gehören verkehrsträgerübergreifende Datenplattformen, die über Mobilitätsangebote, Staus, Verspätungen und Fahrplandaten informieren. Wir

unterstützen ein Miteinander der verschiedenen Verkehrssysteme - Bahn, Bus, Zweirad und Auto - und lehnen eine Verkehrspolitik ab, die aus ideologischen Gründen einzelne Verkehrsträger benachteiligt.

Das selbstfahrende Auto wird voraussichtlich schon in einem Jahrzehnt zum Straßenbild gehören, das vollautomatische Parken wird bereits in fünf Jahren jeder kennen. Vorausschauende Mobilitätsplanung muss sich darauf bereits heute einstellen. Dafür wird auch entscheidend sein, dass zukünftige Mobilfunktechnologien schnell eingeführt werden. Dazu gehört, dass Mobilfunknetze Anwendungen mit Echtzeit-Internet unterstützen. So können beispielsweise Autos in der Zukunft über die Mobilfunknetze mit ihrer Umgebung schneller und zuverlässiger kommunizieren, um sich sicherer im Verkehr zu bewegen. Deshalb fördern wir zum Beispiel im Rahmen der Forschungsförderung der Bundesregierung die Verbesserung und Beschleunigung der Datenerfassung und der Kommunikation mit anderen Verkehrsteilnehmern sowie mit der Infrastruktur.

Neue Mobilitätsdienst-Anbieter etwa über Fahrdienstvermittlungs-Apps erweitern das Angebot. Sie operieren bislang in einer rechtlichen Grauzone. Deshalb wollen wir über die künftige Ausgestaltung der bisherigen strengen Regulierung für das traditionelle Taxiwesen beraten. Beispielsweise ist zu hinterfragen, ob bei den modernen Navigationsgeräten die Ortskenntnisse von Taxifahrern so streng geprüft werden müssen wie bisher. Andererseits stellt die Personenbeförderung durch Fahrer ohne Lizenz und Sachkundenachweis sowie dem entsprechenden Versicherungsschutz ein hohes Risiko für die Fahrgäste dar. Für die CDU ist klar: Für alle Fahrer, die in der kommerziellen Personenbeförderung tätig sind, müssen die gleichen Regeln gelten. Deshalb wollen wir untersuchen, welche gesetzlichen Regelungen geändert werden müssen, um diese neuen Beförderungsmodelle zu ermöglichen ohne den Wettbewerb zu verzerren.

Eine wichtige Voraussetzung für einen umweltfreundlicheren und leiseren Verkehr ist es, unsere Verkehrswege zu modernisieren, auszubauen und zukunftssträchtige Technologien zu fördern. Umweltzonen können ihren ursprünglichen Zweck allerdings kaum mehr erfüllen, da die meisten Fahrzeuge mittlerweile schadstoffarm sind. Die CDU setzt auf eine saubere Mobilität, die Umweltzonen und Feinstaubplaketten mittelfristig überflüssig macht. Darüber hinaus leisten emissionsarme Antriebssysteme einen Beitrag, um die

Umweltbelastungen in den Städten zu verringern. Deshalb bekennen wir uns zu den Zielen der Nationalen Plattform Elektromobilität.

Großstädte brauchen ein leistungsstarkes, zuverlässiges, gut vernetztes und bezahlbares System öffentlicher, möglichst barrierefreier Verkehrsmittel. Je attraktiver und zuverlässiger das Angebot ist, desto öfter steigen die Menschen vom Pkw auf den ÖPNV um. Deshalb bleibt es eine Daueraufgabe, den ÖPNV zu verbessern. Die CDU steht dafür, Kommunen und Länder im Rahmen einer sinnvollen Finanzverteilung so auszustatten, dass sie die notwendigen Zukunftsinvestitionen leisten können.

Der Individualverkehr darf bei der Auslegung des Straßennetzes sowie beim Ausbau des Parkplatzangebotes dennoch nicht vernachlässigt werden. Eine Verkehrspolitik, die sich einseitig gegen das Auto wendet, lehnen wir ab. Wir wollen mehr tun für einen fließenden Verkehr. Dazu gehört etwa eine sinnvolle Ampelschaltung (grüne Welle), aber auch der Verzicht auf den ideologisch bedingten teuren Rück- oder Umbau leistungsfähiger Straßen während gleichzeitig das Geld für die Sanierung von Straßen fehlt. Zudem ist vielerorts ein besseres Baustellenmanagement nötig, um die Abstimmung einzelner Projekte zu verbessern, die Bauzeit zu verkürzen und die Belastung für alle Verkehrsteilnehmer zu reduzieren.

Die CDU arbeitet dafür, den Anteil des Fahrradverkehrs als attraktive und umweltfreundliche Alternative zum Auto weiter zu steigern. Die zunehmende Verbreitung von Elektrofahrrädern (Pedelecs) schafft hier neue Möglichkeiten. Das größte Verlagerungspotenzial sehen wir im Bereich von Entfernungen bis zu 5 km. Das ist der Bereich, in dem mehr als 50 Prozent aller Autofahrten stattfinden. Sichere Radwege, Abstellmöglichkeiten an Umsteigeplätzen wie Bahnhöfen und touristischen Attraktionen sowie die Bereitstellung von Mieträdern sind wichtige Ansatzpunkte.

Der beschränkte Parkraum in Innenstädten verlangt intelligente Lösungen für Carsharing-Stellplätze. Gerade jüngere Leute in Großstädten werden in ihrer Verkehrsmittelwahl zunehmend flexibler. Sie verzichten auf die Anschaffung eines eigenen Fahrzeugs und decken ihre Mobilitätsgrundversorgung mit dem öffentlichen Verkehr ab, den sie bei

Bedarf durch Carsharing ergänzen. Zukunftsweisende Projekte an der Schnittstelle von ÖPNV, Carsharing und Fahrrad sollen deshalb weiter gefördert werden.

Solide Finanzen und Lebensqualität fördern

Damit die Kommunen ihre vielfältigen und wichtigen Aufgaben wahrnehmen können, brauchen sie solide Finanzen. Dazu leistet die unionsgeführte Bundesregierung einen großen Beitrag: Mit der Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit werden die Kommunen um fast sechs Milliarden Euro jährlich entlastet. Die von 2015 bis 2017 geltende Anhebung der Bundesmittel für die Wohnkosten von Hartz-IV-Empfängern und des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer bedeutet für die Kommunen pro Jahr eine Milliarde Euro mehr in den Kassen. Die CDU hält daran fest, die Kommunen ab 2018 um jährlich fünf Milliarden Euro zu entlasten. Diese Entlastung der Kommunen soll erreicht werden, sobald das neue Teilhabegesetz beschlossen ist. Darüber hinaus stellt die unionsgeführte Bundesregierung erhebliche Mittel für Investitionen in Straßen, Schienenwege und Kanäle, für den Städte- und sozialen Wohnungsbau sowie für Kitas, Schulen und Hochschulen bereit.

Großstädte sind Heimat für viele Kinder, Jugendliche und deren Familien. Kinder- und Familienfreundlichkeit ist heute zudem ein wichtiger Standort- und Wettbewerbsvorteil. Wir wollen ein ansprechendes Lebens- und Arbeitsumfeld für Familien mit Kindern gestalten. Als relevant erachten wir dabei ein sicheres und bezahlbares Wohnumfeld, ein ausgereiftes Betreuungsnetz sowie gute Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten. Wir haben mit dem Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung, den erfolgreichen bedarfsgerechten Ausbau der Betreuungsplätze und der Beteiligung des Bundes an den Investitions- und Betriebskosten die Weichen für echte Wahlfreiheit der Eltern und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gestellt. Nun gilt es die Qualität der Betreuungsangebote zu erhöhen und insbesondere die Förderung und Bildung der Kinder noch stärker in den Blick zu nehmen.

Das Leben in Großstädten kann für ältere (alleinstehende) Menschen schneller zur Vereinsamung führen als im ländlichen Raum. Deshalb fördern wir die verstärkte Einbindung älterer Menschen in das gesellschaftliche Leben. Der drohenden Vereinsamung wollen wir mit geeigneten Wohnformen, einem angepassten

Quartiersmanagement, Angeboten zum Ehrenamt und zur Freizeitgestaltung entgegen wirken. Darüber hinaus ist in Großstädten und im ländlichen Raum eine angemessene Gesundheits- und Ärzteversorgung sicher zu stellen. Wir stehen für eine qualitativ gute und flächendeckende Gesundheitsversorgung, in der die Pflege in gewohnter Umgebung bzw. innerhalb der Familienstruktur vernünftig und mit der gebotenen Unterstützung realisierbar ist.

Zur Lebensqualität in der Stadt trägt auch ehrenamtliches Engagement bei. Das Interesse vieler Bürgerinnen und Bürger sich in ihrem direkten Lebensumfeld einzubringen, ist groß. Das freiwillige Engagement zum Beispiel in karitativen und kirchlichen Einrichtungen, bei der Feuerwehr, der Jugendarbeit, den Rettungsdiensten, in Sportvereinen, in Fördervereinen, Schulpflegschaften, Selbsthilfegruppen, Kulturvereinen, Elterninitiativen und Nichtregierungsorganisationen stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die CDU steht an der Seite derjenigen, die ehrenamtlich Verantwortung für unser Land übernehmen, und tritt dafür ein, die Voraussetzungen für ehrenamtliches Engagement weiter zu verbessern und für mehr Anerkennung für die Arbeit im Ehrenamt zu sorgen.

In vielen Städten finden sich soziale Brennpunkte, die eine große Herausforderung für kommunale Politik sind. Diese Probleme lassen sich nur mit einer Vielzahl von Maßnahmen begegnen – von einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik über gute Bildung, eine attraktive Stadtplanung bis zu den vielen sozialen Projekten, die einen wichtigen Beitrag zu einem gelingenden Zusammenleben in der Stadt beitragen.

Länder und Kommunen bei der Aufnahme von Flüchtlingen unterstützen

Auch die steigende Zahl von Flüchtlingen stellt die Kommunen und Länder vor große Aufgaben bei der Unterbringung und Versorgung. Mit der Bereitstellung von jeweils 500 Millionen Euro in den Jahren 2015 und 2016 unterstützt der Bund die Länder und Kommunen zusätzlich bei der Betreuung und Integration der Flüchtlinge. Es ist wichtig, dass das Geld auch bei den Kommunen ankommt. Auch die kostenfreie Bereitstellung von Immobilien des Bundes zur Unterbringung von Flüchtlingen entlastet Länder und Kommunen. Die Bundeswehr leistet im Rahmen ihrer Möglichkeiten Unterstützung, zum Beispiel durch vorzeitige Rückgaben von Liegenschaften und Liegenschaftsteilflächen sowie Gebäuden an die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA). So konnten an

mehreren Standorten schnell Flüchtlinge untergebracht werden. Für die CDU ist klar: Wer wegen Krieg, Gewalt, politischer, rassistischer oder religiöser Verfolgung aus seiner Heimat flüchtet, kann auf unsere Hilfe setzen. Wir sind beeindruckt von der Hilfsbereitschaft der Menschen in unserem Land und danken allen, die sich in Flüchtlingsinitiativen engagieren.

Sicherheit in Städten und Metropolen weiter verbessern

Die CDU sorgt für Sicherheit im Alltag und vor Ort. Wer in der Großstadt Vandalismus, Graffiti-Schmierereien, Verwahrlosungen, Belästigungen oder aggressives Betteln erlebt, fühlt sich nicht sicher. Wir treten diesen Erscheinungen entschieden entgegen, denn sie sind oft Anfangspunkte für Kriminalität. Um Gewalt und Diebstähle abzuwehren sowie Anschläge und andere Straftaten erfolgreich aufzuklären, wollen wir den Einsatz von Videokameras an Kriminalitätsbrenn- und Gefahrenpunkten, wie etwa auf Bahnhöfen, verstärken. Videokameras können Polizisten vor Ort jedoch nicht ersetzen. Wir brauchen in der Großstadt und im ländlichen Raum eine „sichtbare“, gut ausgestattete sowie stadtteil- und bürgernahe Polizei, die sofort erreichbar und schnell am Ort des Geschehens ist. Die CDU steht dafür, die Polizei und Sicherheitsbehörden personell angemessen auszustatten.

Seit einigen Jahren verzeichnen wir eine steigende Zahl von Wohnungseinbrüchen - gerade auch in großen Städten. Wir fordern mehr polizeiliche Streifenfahrten in besonders gefährdeten Wohngebieten. Die Beratungsdienste der Polizei müssen noch mehr über geeignete Sicherungstechnik informieren. Zudem setzt sich die CDU dafür ein, dass die Ausgaben für die Einbruchssicherung steuerlich besser absetzbar werden und ein eigenes KfW-Programm „Eigentumsschutz“ aufgelegt wird.

Die CDU tritt jeder Form von Extremismus entschieden entgegen, unabhängig davon, ob es sich um Rechts- oder Linksextremisten oder gewaltbereite Islamisten handelt. Wir bekämpfen die Aktivitäten von gewaltbereiten Hooligans und rechtsradikalen Gruppierungen, die gegen Flüchtlinge Stimmung machen. Ebenso bekämpfen wir islamistische Propaganda und Gewalt von Salafisten. Denn Toleranz findet dort eine Grenze, wo radikal-religiös motivierte Auseinandersetzungen nach Deutschland getragen

werden. Wer unseren freiheitlichen Staat bekämpft, dem werden wir mit aller Härte und Entschiedenheit entgentreten.

CDU als moderne Großstadtpartei stärken

Politische Mitgestaltung findet in der Demokratie ihren ersten Ausdruck in der Wahlbeteiligung. Die Bereitschaft zur Stimmabgabe bei Kommunalwahlen geht wahrnehmbar seit Jahrzehnten zurück. Dazu zeigt sich auf Grund des Wegfalls der Prozenzhürde bei Kommunalwahlen gerade in Großstädten ein Trend der politischen „Einzelkämpfer“ in den Räten und Bezirksvertretungen, was zur Zersplitterung der Räte führt und verlässliche Koalitionen erschwert. Kommunalpolitik soll von, für und mit den Bürgerinnen und Bürgern gemacht werden. Zu viele Bevölkerungsgruppen wie zum Beispiel Frauen, Unternehmer, Migranten und Jugendliche sind in politischen Gremien unterrepräsentiert. Hier wollen wir für mehr Beteiligung werben und uns dafür einsetzen. Wir wollen die Städte „regierbar“ halten, neue Formen der bürgerschaftlichen Beteiligung erproben und gleichzeitig die bedeutendste Form der demokratischen Mitwirkung – die Ausübung des Wahlrechts – herausstellen.

Wir arbeiten dafür, dass die CDU auch in Zukunft in Großstädten erfolgreich ist. Dazu werden wir auch in der Kommission „Meine CDU 2017“ Antworten geben. Die vergangene Bundestagswahl hat gezeigt, dass es der CDU gelingt, alle Schichten und Gruppen der Gesellschaft anzusprechen. Die Mitgliederstruktur der CDU spiegelt dies noch nicht wieder. Wir sind stolz auf unsere langjährigen Mitglieder, die den Erfolg der CDU mit erarbeitet haben. Gemeinsam mit ihnen wollen wir noch mehr Jüngere und Frauen für die CDU begeistern. Vor allem wollen wir noch mehr Menschen mit Zuwanderungsgeschichte für die CDU gewinnen. Es sollte selbstverständlich sein, dass sie sich in der CDU engagieren. Wir brauchen Kandidaten, die über die richtigen Kompetenzen verfügen, das großstädtische Lebensgefühl verkörpern und über die eigenen Anhänger hinaus die Menschen begeistern. Dazu müssen wir auch noch offener für geeignete Quereinsteiger sein. Schließlich wird die CDU ihren erfolgreichen Weg hin zu mehr Bürger-Dialog und Offenheit fortsetzen. Dazu werden wir auch neue Veranstaltungsformate entwickeln, die insbesondere Berufstätigen und jungen Familien eine Teilnahme ermöglichen.

Für starke Städte und Metropolen in Hamburg und Bremen CDU wählen

Nachdem die CDU in der Regierungsverantwortung für Hamburg mit dem Leitbild „Metropole Hamburg – wachsende Stadt“ die Weichen richtig gestellt hat, setzt die SPD-Alleinregierung Hamburgs Stärke aufs Spiel: Die Kriminalität steigt und hat seit dem Regierungswechsel wieder den höchsten Stand seit acht Jahren erreicht. Trotz Rekordeinnahmen hat die SPD in vier Jahren 1,4 Milliarden Euro mehr ausgegeben, als eingenommen. Hamburg wurde jetzt sogar Schlusslicht beim Wirtschaftswachstum aller Bundesländer, die Arbeitslosigkeit liegt über dem Bundesschnitt. An den Hochschulen herrscht Sanierungsstau und von den 30 Millionen Euro Bafög-Entlastung fließt kein einziger Euro zusätzlich in die Hochschulen. Die ideologische Verkehrspolitik mit Busbeschleunigungswahn ist zurück und auf den Straßen herrscht Baustellenchaos.

In Bremen zeigt sich nach fast sieben Jahrzehnten der SPD in der Regierungsverantwortung: Bremen trägt die rote Laterne. Bremen hat die höchste Arbeitslosenquote in ganz Deutschland, belegt einen einsamen Spitzenplatz bei der Pro-Kopf-Verschuldung und belegt bei Bildungsvergleichen regelmäßig hintere Plätze.

Deshalb rufen wir für den 15. Februar in Hamburg und für den 10. Mai in Bremen dazu auf: Wählen Sie bitte mit allen Stimmen CDU! Damit die CDU in Hamburg mit Dietrich Wersich und in Bremen mit Elisabeth Motschmann an der Spitze wieder Regierungsverantwortung übernimmt. Denn Hamburg und Bremen können mehr!